

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2008

Der glückliche Umstand, dass 11 Mio € aus Gewerbesteuerrückstellungen frei werden, darf nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht über die weiter bestehenden strukturellen Haushaltsprobleme hinweg täuschen. Zweimal ist die Stadt an einem unausgeglichenen Haushalt vorbei geschlittert – einmal kam der warme Regen von außen, einmal aus den eigenen Rückstellungen. Das Märchen vom „Hans im Glück“ sollte uns eine Warnung sein.

Im vierten Haushaltsentwurf mit dem NKF (Neues kommunales Finanzmanagement) ist die Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben zu den verschiedenen Konten stabiler und übersichtlicher geworden – in den früheren Haushaltsberatungen traten oft Fragen und Unstimmigkeiten wegen geänderter Zuordnung der Finanzmittel auf. Etliche Unstimmigkeiten konnten im Rahmen der Fortschreibung geklärt werden.

Der Vorschlag des Kämmerers Dieter Freytag, durch eine **Rückübertragung des Abwasserbereichs** in den städtischen Haushalt aus dem Eigenbetrieb die Bilanz der Stadt zu verbessern, findet unsere Zustimmung, auch wenn genaue Einzelheiten noch geprüft und geklärt werden müssen. Die Erhöhung des Eigenkapitals um ca. 3 Mio. € und die Verdopplung der liquiden Mittel verbessern die städtische Bilanz. Dies ist ein Weg, einem ausgeglichenen Haushalt in den nächsten Jahren zu erreichen. Im kameralistischen System war der umgekehrte Weg gewählt worden, um den Grad der Verschuldung aus dem städtischen Haushalt in einen Eigenbetrieb zu verlagern.

Ebenfalls bilanzielle Gründe werden für die **Verlagerung des Betriebshofs zu den Stadtwerken** angeführt. Hatte das – aus unserer Sicht wenig seriöse - Krups-Gutachten mindestens 35 überflüssige Stellen in diesem Bereich gesehen und ein ebenso enormes Einsparungspotenzial mit Hilfe betriebsbedingter Kündigungen, so scheinen nach sorgfältiger Analyse der KPMG nur 4 bis 8 Stellen im Laufe der Fluktuation und Neuorganisation einzusparen zu sein. Nennenswerte finanzielle Vorteile für den städtischen Haushalt sind bei der Transaktion nicht zu erkennen. Dagegen steigert der Eigenbetrieb „Stadtwerke“ sein Kapital. Nachvollziehbar ist auch die vereinfachte Organisation – Versorgung und Entsorgung aus einer Hand – und der Vorteil, dass die Stadtwerke als städtisches Service- Unternehmen gestärkt werden. Allerdings müssen 500 000 € Steuern, die bei der neuen Betriebsform anfallen, erwirtschaftet werden. Für uns stellt sich die Frage, ob die Einsparmaßnahmen, die zum Ausgleich des Steuernachteils durchgeführt werden sollen, nicht auch in städtischer Regie umgesetzt werden können. Sie würden dann – für den Bürger spürbar – sogar zu Gebührenminderung oder immerhin einer geringeren Steigerung beitragen. In mehreren Fragen sehen wir jedoch noch dringenden Bedarf für eine Prüfung durch Handelsgericht und Finanzbehörden.

In diesem Zusammenhang sind auch die Spekulationen um den **Grundstückserwerb eines Investors in Brühl-Ost** zu sehen. Neben den Grundstücken von vorhandenen Verbrauchermärkten und namhaften Brühler Gewerbebetrieben soll auch das Grundstück von Betriebshof und Stadtwerken zu Disposition stehen. Die Geheimnistuerei und das mehr oder weniger gezielte Streuen von Informationen müssen hier ein Ende haben – der Rat ist hier vom Bürgermeister umfassend zu informieren.

Im Jahr 2006 hat das Krups-Gutachten zur „Effizienzsteigerung“ für große Aufregung gesorgt. Die 100000 € für Folgemaßnahmen, die im Haushalt 2007 gegen unsere Stimmen eingesetzt wurden, sind nur zu einem Fünftel ausgegeben worden. Ein Begräbnis zweiter Klasse? Von den dort geforderten „harten“ Maßnahmen hat sich der Bürgermeister nach heftiger Kritik der Betroffenen und seitens der SPD-Fraktion sowieso schon verabschiedet. Von **betriebsbedingten Kündigungen ist jetzt offenbar nicht mehr die Rede**. Eine Distanzierung von diesem „Instrument“ wurde in den letzten Haushaltsberatungen noch von der Ratsmehrheit abgelehnt.

Erfreut sind wir über die intensive Arbeit an dem Projekt **„Soziale Stadt“ im Stadtteil Vochem**, das auf Antrag der SPD im vergangenen Jahr dann von allen Parteien unterstützt wurde. Noch ist allerdings nicht klar, ob die beantragten Mittel auch im erwarteten Umfang bereit gestellt werden. Die Analyse und die vorgeschlagenen Maßnahmen sind sinnvoll, der Finanzplan muss noch im Detail präziser ausgearbeitet werden. Für den Fall, dass keine Zuschüsse gezahlt werden, muss die Stadt selbst **wenigstens Mittel in Höhe ihres Anteils** bereit stellen. Denn die Notwendigkeit, in diesem Gebiet zu handeln, ist ja übereinstimmend festgestellt worden.

Offen ist auch die Frage, ob die von der Brühler SPD beantragte **Stelle für Schulsozialarbeit** in der Pestalozzi-Schule wirklich aus diesen Mitteln, also „Soziale Stadt – Vochem“ finanziert werden kann. Es ist nachvollziehbar, dass eigentlich das Land NRW dies Aufgabe übernehmen muss. Das Verfahren darf aber nicht zur „Hängepartie“ werden. Sie, Herr Bürgermeister und die Mehrheitsfraktionen stehen im Wort, dass zu Beginn des nächsten Schuljahrs eine Fachkraft für die Förderschule bereit steht – aus welchen Mitteln auch immer. Die Fachkraft für Schulsozialarbeit wird wegen drängender Probleme von Schulleitung und Elternvertretern der Förderschule gefordert.

Das Projekt eines **Jugendkulturzentrums** in der Schildgesstraße unterstützen wir, nachdem sicher gestellt ist, dass auch im Stadtzentrum ein betreuter Treffpunkt für Jugendliche erhalten bleibt. Hier werden ganz unterschiedliche Jugendliche angesprochen – das Jugendkulturzentrum wird ja auch junge Leute außerhalb Brühls anziehen. Angebote sind aber vor allem auch für diejenigen notwendig, die gerade keine speziellen Interessen an Musik oder kulturellen Angeboten haben und daher zu störendem oder aggressiven Verhalten neigen.

Leider sind die von der SPD-Fraktion angeregten strukturellen Maßnahmen wie die Suche nach einem gemeinsamen Standort für die Jugend- und Erwachsenen-Stadtbücherei noch nicht voran gekommen. Auch ein wirksames Energiesparkonzept z.B. für die städtischen Liegenschaften fehlt.

Im Schulbereich sind in den letzten Jahren enorme Investitionen für die Offene Ganztagschule und für den Ganztagsbetrieb der Hauptschule ausgeführt worden – Maß-

nahmen für die beengte und provisorische Situation der Realschule sind immer noch nicht zu erkennen. Wir haben hier schon mehrfach ein konkretes Konzept gefordert! Den Antrag der Mehrheitsfraktionen, für das städtische **Gymnasium und die Realschule die technischen Voraussetzungen zur Betreuung über die Mittagszeit** bzw. eine sinnvolle Pausengestaltung sowie die Bereitstellung eines Mittagessens zu schaffen, unterstützen wir gern. Diese Entwicklung war schon abzusehen, denn die „Reform“ des verkürzten Wegs zum Abitur erfordert ständige Reparaturen im laufenden Betrieb. Sie wurde von der Landesregierung ohne pädagogisches Konzept und ohne die nötigen Voraussetzungen für eine 35-stündige Schulwoche losgetreten! In der Realschule ist diese Veränderung zwar nicht wirksam, aber von den Grundschulen kommen jetzt neue Generationen von Schülerinnen und Schülern, die schon eine Übermittagsbetreuung gewöhnt sind. Nach den Investitionen in die Hauptschule darf die Realschule nicht vernachlässigt werden. Bislang allerdings gibt es nur zwei ausgediente Pavillons. Der verspätete und überfällige Schulentwicklungsplan wird die Notwendigkeit hier zu handeln unterstreichen.

Auch in nach wie vor angespannter Haushaltsslage sind Investitionen notwendig. Dabei hat der eben beschriebene Bereich Schule und Förderung der Jugend Vorrang. Allerdings dürfen Infrastrukturmaßnahmen nicht vernachlässigt werden. So konnten wir nicht nachvollziehen, warum die vom Vka beschlossene und allgemein für notwendig erachtete **Erneuerung der Kurfürstenstraße** plötzlich aus dem Investitionsprogramm gestrichen wurde. Der damalige Baudezernent Mues hatte überzeugend dargelegt, dass bei einer Verzögerung der Maßnahmen die später fälligen Sanierungskosten immer größer werden. Auf unseren Antrag hin hat die Mehrheitsfraktion diese Maßnahme sogar in das Jahr 2008 vorgezogen. Hier ist allerdings eine rechtzeitige Information der Bürger notwendig – schließlich sollen sie nun 1 Jahr früher Anliegerbeiträge in Höhe von 42000 € aufbringen. Leider ist eine Anfrage unserer Fraktion vom 18.6.2007 zum Thema Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation bei Straßenausbau immer noch nicht beantwortet.

Eine weitere notwendige Investition wird schon seit Jahrzehnten verschleppt – allerdings nicht allein durch die Brühler Verwaltungsspitze. Es handelt sich um den **zweigleisigen Ausbau der Stadtbahnlinie 18** zwischen Brühl-Mitte und Schwadorf. Nachdem der Bürgermeister und die Fraktionsspitze der CDU diesem Projekt mit bilanztechnischen Argumenten den „Todesstoß“ versetzen wollten, haben wir mit einem Antrag im Verkehrsausschuss die Diskussion neu belebt und immerhin Nachdenklichkeit ausgelöst. Erfreut stellen wir fest, dass der Investitionsanteil im „Zukunftspan“ des Haushalts für 2010/11 wieder enthalten ist und sehen der Antwort des Bürgermeisters über die bilanztechnische Machbarkeit mit Spannung entgegen.

Sinnvoll sind die Anträge von den Grünen und der FDP, die **Pingsdorfer Straße** ansprechender zu gestalten und Mittel für die Planung einzusetzen. Zwar sind die städtischen Möglichkeiten begrenzt, da viele der „entwicklungsfähigen“ Grundstücke in privater Hand sind, aber es bietet sich auch die Möglichkeit ein weiteres verkehrsbehinderndes Ampelsystem abzuschalten und durch einen Kreislauf zu ersetzen. Die Ampeln an der Clemens-August-Straße hat der Bürgermeister schon seit mehreren Monaten mangels Eignung abgeschaltet. Nach unserer Auffassung darf es hier kein „Stückwerk“ geben, sondern es sollte ein **Gesamtkonzept Pingsdorfer Straße / Umgebung Gieslergalerie bis zum Janshof** entwickelt werden. Die Verkehrsbelastungen, die der damalige Verkehrsplaner prognostiziert hat, sind bei weitem nicht eingetreten!

Oft entzündeten sich intensive Diskussionen an kleinen Beträgen. Wir haben angeregt, die Förderung von Brauchtumsvereinen haushaltssystematisch zu „vereinen“ und in dem Haushaltsstelle Förderung von Wirtschaft und Tourismus nur solche Vereinsaktivitäten zu fördern, die auch wirklich dem **Tourismus** zu Gute kommen: dazu zählt nach unserer Auffassung der Festausschuss **Brühler Karneval** mit seinen Aufwendungen für den Karnevalszug. Bei dieser „Petitesse“ stößt man allerdings auf zahlreiche Empfindlichkeiten anderer Vereine. Nach der erwarteten Ablehnung unseres Antrags nehmen wir aber an, dass wir einen Prozess des Nachdenkens in Gang gesetzt haben, der vielleicht im nächsten Haushaltsentwurf Früchte trägt.

Nach dem Brauchtum nun der Sport! Ein früheres Ratsmitglied und kurzfristiger Stadtregent hat vor einigen Jahren namens seiner Fraktion angekündigt, dass der Neubau eines Stadions auf der Freizeitwiese Süd das städtische Großprojekt der Zukunft sei. Wir hatten immer Zweifel daran, ob es überhaupt wirtschaftlich finanzierbar und politisch vertretbar sei, ein Stadion von einem anerkannten und allgemein akzeptierten Ort zu verlagern – hatte die Stadt doch gerade erst vor 10 Jahren das Stadion vom Land NRW erworben. Endlich hat man jetzt zu realistischen Plänen zurück gefunden: die überfällige **Renovierung des Stadions** wird in Angriff genommen. Befremdlich war allerdings, dass der Bürgermeister dies in seiner Haushaltsrede effektiv präsentiert, ohne dass Mittel dafür vorgesehen waren. Immerhin sind jetzt in der Fortschreibung Beträge im Rahmen einer Kostenschätzung eingesetzt. Ob der Betrag von 3 Mio € nun von der Stadt selbst finanziert wird oder als sogenanntes PPP-Modell, wird eine genaue Berechnung zeigen müssen. Am Beispiel des Badorfer Fußballplatzes hat sich schon gezeigt, dass eine Finanzierung in städtischer Regie günstiger war. Kostenschätzungen bergen Risiken – das wissen wir aus leidvoller Erfahrung zuletzt bei einer Kostensteigerung um 20 % bei der Turnhalle Vochem, nachdem die Kostenberechnung fertig war.

Abschließend stellen wir fest, dass trotz unterschiedlicher Auffassungen der Fraktionen in diesem Haushalt viele Projekte enthalten sind, die auch auf unsere Initiative zurückgehen: soziale Stadt Vochem, Jugendkulturzentrum, Übermittagsangebote an Gymnasium und Realschule, Sozialarbeit an der Pestalozzi-Schule. **Deshalb stimmen wir dem Haushalt 2008 zu.**

Dem Bürgermeister und allen Ratskolleginnen und –kollegen danke ich für die kontroverse, aber faire Diskussion. Den Mitarbeitern der Verwaltung und an dieser Stelle besonders der Kämmerei gilt unser Dank für die geleistete Arbeit.

Dr. Matthias Petran
(Fraktionsvorsitzender)